

Sehr geehrte Herr Landrat, sehr geehrte Herren Beigeordnete,
verehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag,

ich könnte eigentlich meine HH-Rede vom letzten Jahr zu Protokoll geben. Viel hat sich nicht geändert - im positiven wie im negativen Sinn.

Das vor uns liegende Zahlenwerk zum HH-Jahr 2019 kann sich in finanzieller Hinsicht sehen lassen. Niemand in diesem Kreis wird gegen einen kleinen, aber feinen Jahresüberschuss von 56.700 Euro im Ergebnishaushalt, gepaart mit einer ordentlichen Schuldenreduzierung im Jahr 2018 etwas sagen. Dazu noch ein gleichbleibender Umlagesatz mit 42% bei unserer Kreisumlage, der auch die kreisangehörigen Gemeinden (und deren Bürgermeister) beruhigt und ihnen die Luft zum Atmen lässt. **Dem Rhein-Pfalz-Kreis geht es augenblicklich wirtschaftlich gut** wie auch – bei Betrachtung der Umlagegrundlagen der Gemeinden – den meisten Gemeinden im RPK. Wesentliche Ursachen dafür sind nach wie vor die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland nahe an der Vollbeschäftigung und die Nullzinspolitik der EZB, die den Zinsaufwand vieler Kommunen ganz beträchtlich reduziert. Diese positive Sichtweise teilen alle Fraktionen im Hause mit uns – anders ist es nicht zu erklären, dass bei einer Stellenausweitung um 20 Stellen (auf neu 450 Stellen) im vorliegenden HH 2019 im Kreisausschuss kein einziger Aufschrei erfolgte. Sie werden es den Grünen hoffentlich nachsehen, wenn sie ebenso wie die Verwaltung diese Gelegenheit nutzen und eine neue weitere Stelle im Bereich der Natur- und Landespflege beantragen (näheres dazu später).

Auch ist es gut, wenn man den Schuldenberg etwas abbauen konnte bevor eine wirkliche Großbaustelle in Sichtweite kommt. Ich meine natürlich den angedachten **Umbau bzw. Neubau der Kreisverwaltung**, der sich im Haushalt 2019 noch kaum niederschlägt. 250 TE stehen für 2019 dafür im Haushalt, aber allen ist klar, dass dies nur für die ersten Planungen und Sondierungen gedacht ist – am Ende aber eine Summe in der Größenordnung von 30 bis 40 Mill. Euro steht, die selbst aufzubringen ist. Es ist gut, dass bei der Größenordnung dieser Investition und der politischen Signalwirkung (Stadt LU oder Landkreis) ein Beratungsunternehmen eingeschaltet wurde, welches nach fachlichen Aspekten abwägt und im Neuen Jahr Vorschläge zu einem geeigneten Standort unterbreitet. Ein Unsicherheitsfaktor ist und bleibt dabei die Kommunalreform mit ihrem Gutachten-Auftakt am vergangenen Freitag. Ganz gleich welche Entscheidungen getroffen werden – es wäre fatal, wenn der Neubau gerade stünde und der RPK dann seinen Zuschnitt verändern würde.

Doch nicht nur die Einnahmen mittels Umlagen, Zuweisungen und anderer Erträge steigen, sondern auch die Aufwendungen, besonders im Jugend- und Sozialbereich. Der Zuschussbedarf des RPK steigt auf prognostiziert 68,5 Mill. Euro für 2019 gegenüber 63,0 Mill. Euro im gegenwärtigen Jahr. Eine Steigerung von 5,4 Millionen Euro oder knapp 8%.

Schaut man sich die Positionen mit den größten Zuwächsen an, so ist dies der Kindertagesstätten Bereich mit einem Plus von 1,5 Mill. Euro, die Hilfe für die Asylbewerber mit 2,8 Mill. Euro Zuschussbedarf und die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen mit 1,1 Mill. Euro plus.

Der in den letzten 15 Jahren rasante Umbau der **Kindertagesstätten** zu Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für nahezu 100% aller Kinder der Altersgruppe 1 – 6 Jahre kostet viel Geld, aber – so muss man auf dem Hintergrund der laufenden Debatte um

die Kita-Novelle in Rheinland-Pfalz feststellen - es ist noch nicht genug. Auch im Rhein-Pfalz-Kreis fließt ein beträchtlicher Teil der Zuwendungen – 48,87 Mill. Euro – in den Betrieb von Kindertagesstätten. Aber auch hier muss man feststellen dass bei der Schaffung von Ganztagsplätzen der RPK im Landesvergleich ganz gut da steht, aber die Nachfrage der Eltern immer noch nicht befriedigt werden kann – sprich Geld noch gebraucht wird.

Im **Asylbereich** haben wir eine ganz andere Situation als noch vor zwei bis drei Jahren. Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge ist erheblich zurückgegangen, die Verfahren kommen schneller zum Abschluss - und folgerichtig kommt auch weniger Geld aus Mainz und Berlin. Die Flüchtlinge, ganz gleich mit welchem Status, leben aber unter uns, was bei verringerten Bundes- und Landeszuschüssen dazu führt, dass wir im Sozialbereich einen höheren Zuschussbedarf in Höhe von 2,8 Millionen Euro ausweisen müssen (die Verrechnung mit der C3-Schlüsselzuweisung an anderer Stelle lasse ich außer Betracht). Neben dieser finanziellen Betrachtungsweise stehen menschliche Schicksale (ca. 800 Menschen), die hier im Rhein-Pfalz-Kreis – nicht zuletzt dank zahlreichen ehrenamtlichen Engagements - Aufnahme gefunden haben.

Nicht zuletzt noch die **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen**, die ich als Drittes im Rahmen der Steigerungen der Aufwendungen erwähnte: selbst bei effizienter Steuerung ein Plus von 1,1 Mill. Euro auf 16,43 Mill Euro Zuschussbedarf zeigt, dass immer mehr Menschen diese Hilfen brauchen und annehmen – die Inklusion beginnt zu wirken.

Der größte Teil des Investitionsvolumens in einer Größenordnung von ca. 24 Millionen Euro geht wieder, wie schon in den vergangenen Jahren, in unsere **Schulen und Sportstätten**, zu einem nicht unerheblichen Teil auch in energetische Maßnahmen wie Heizungserneuerung und Dämmmaßnahmen. Diese Schulen sind auch uns Grünen lieb und teuer, auch wenn wir mit unseren Vorstellungen zur Schulorganisation (Stichwort: 2 IGS) bei Verwaltung und Kreistag nicht durchdrangen und – wie könnte es anders sein – sich diese Forderung in unserem Wahlprogramm zur KW 2019 wiederfindet.

Meine Fraktion ist für eine Neugestaltung der **Jugendfreizeitstätte in Römerberg**, die hoffentlich im kommenden Jahr angegangen werden kann – zeitgleich mit der 1. Etappe des Breitbandausbaus in RPK, einem 13-Millionen-Euro-Projekt, welches zu 90% von Bund und Land getragen wird.

Es ist nur eine kleine Position im Investitionsprogramm des Landkreises, nur 14.000 Euro zur Erhöhung der Stammeinlagen des RPK beim **Kreiswohnungsverband**, aber für uns Grüne ist es ein sehr wichtiges Zeichen, dass der Kreiswohnungsverband in den Neubau von Wohnungen weiterinvestiert. Wie man der Presse entnehmen konnte, beschloss die Verbandsversammlung vergangene Woche für das Jahr 2019 im Neubaubereich 2,732 Mill. Euro zu investieren, mittelfristig sollen es sogar 11,1 Mill. Euro sein. Gut, dass man die Zeichen der Zeit erkannt hat! Wir Grüne beobachten diese Entwicklung sorgfältig und werden wie im ablaufenden Jahr so auch im kommenden Jahr in Kontakt mit den Verantwortlichen bleiben und das Gespräch suchen.

Im Straßenbaubereich bemängelten wir Grüne im langsam zu Ende gehenden Jahr besonders, dass es im **Radwegneu- und -ausbau** nur schleppend bis gar nicht vorwärts geht. Im Gerangel der Zuständigkeiten bleibt bislang jeder Radweg im Großen und Ganzen betrachtet Stückwerk. Darüber darf auch die Initiative des Radschnellweges, der im Frühjahr durch die Presse ging, nicht hinweg täuschen. Das Fortbewegungsmittel „Rad“ mag im Freizeitbereich akzeptiert sein, aber als alltägliches Fortbildungsmittel in Beruf und Arbeit

bedarf es weitaus besserer Rahmenbedingungen. Hier setzt unser Antrag „Erstellung eines Radwegkonzeptes“ an.

Rückschau zum Radwegbeauftragten

Schön ist – in diesem Zusammenhang – dass wir uns im Rahmen der **Klimapartnerschaft mit La Fortuna in Costa Rica** an der Planung eines Radweges beteiligten. Drücken wir die Daumen, dass das Projekt dort gut vorankommt, wie auch sonst dieses Projekt über den Schüleraustausch mit Schülern aus Schifferstadt bis hin zur Konzipierung einer Wanderausstellung gute Früchte trägt.

Bleibe ich beim Thema „Klimaschutz“ so stecken wir hier im RPK an vielen Stellen noch in den Anfängen. Ähnlich wie die Bundesregierung in Berlin müsste sich die Spitze der Kreisverwaltung und die regierende „große Koalition“ eingestehen, dass die **im Jahr 2015 mit der einstimmigen Verabschiedung des integrierten Klimaschutzkonzept gesetzten Ziele im Zeitplan nicht mehr zu erfüllen sind**. Eine 1. Stufe der Bilanzierung soll im Jahr 2020 erfolgen – also in gut 13 Monaten – eine 13% Energieeinsparung gegenüber der Ausgangslage 2015 soll dann erreicht sein (28% im Jahr 2030). Mit dem integrierten Klimaschutzkonzept haben wir alle am 20. Juli 2015 ein Klimaschutzcontrolling beschlossen, denn was nützt alles Tun und Schaffen, wenn es am Ende nicht ausgewertet und bilanziert werden kann. Die Antwort des Landrats auf unsere Anfrage vom September 2018 zum Stand des Klimaschutzes im Landkreis entlarvt, dass im Moment an einer kreisweiten Fortschreibung der Energie- und Treibhausgasbilanz gar nicht gearbeitet wird. Begründung: unterschiedliche Datenbasis der Beteiligten und – so interpretiere ich die Aussage weiter - mangelnder politischer Wille. Wie sonst ist folgender Satz zu interpretieren – ich zitiere aus der Antwort vom 4.10.18 „Wir bemühen uns darüber hinaus, im Energieforum die Gemeinden bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes mitzunehmen,“ Alle, die mit dem Schreiben und Lesen von Arbeitszeugnissen zu tun haben, wissen was es heißt „er/sie bemühte sich....“

Der Vollständigkeit und Ehrlichkeit halber muss ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass im Bereich der Wärmedämmung und der effizienten Energienutzung in den kreiseigenen Gebäuden mit Hilfe des Kommunalen Investitionsförderprogramms KI 3.0 es Schritt für Schritt vorangeht - und dort auch unter dem Stichwort „**Gebäudeautomation**“ Fortschritte bei der Datenerfassung und –auswertung erzielt werden. Aber es ist und bleibt nur ein kleiner Ausschnitt unseres schönen RPK.

Den Verkehrsbereich streife ich dieses Jahr nur kurz. Erst in der letzten Sitzung des KT haben wir den **Nahverkehrsplan** verabschiedet, der, wenn er wirklich die Intention einer politischen Absichtserklärung folgt, noch ordentlich nachgebessert werden sollte. Verschiedene Prüfaufträge laufen da noch.

Unserer Meinung nach steht die Arbeit der **Unteren Landespflege** oder des Referates „Planung und Umweltschutz“ etwas im Schatten und braucht eine deutliche Aufwertung – auch durch Schaffung zusätzlicher Ressourcen wie mit einem unserer Anträge geplant. Das Artensterben schreitet rasant voran – trotz verschiedener Anstrengungen in den letzten Jahrzehnten. Alle ehrenamtliche und in den Gemeinden geleistete Arbeit braucht verstärkt fachliche Unterstützung aus dem Kreishaus – so sieht es auch der Naturschutzbeirat des RPK. Sich im Rahmen der Förderung der biologischen Vielfalt deutschlandweit zu vernetzen wäre ein weiterer (kleiner) Schritt. So auch mein Hinweis zu unserem Antrag dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ baldmöglichst beizutreten.

Ich lasse im Moment noch offen, ob wir Grüne diesen Haushalt mittragen werden. Die Antworten der Verwaltung auf unsere Anträge überzeugen uns nicht immer.

Herzlichen Dank der Verwaltung, insbesondere der Finanzabteilung mit Herrn Kopf an der Spitze, für die Anfertigung des „bisschen Haushalts“.

Herzlichen Dank allen, der Verwaltungsspitze wie den Kreistags-Fraktionen, für die bei aller Differenz in der Sache gute und friedliche Zusammenarbeit.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

hps